



Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

Grundlagenarbeit, Maximilianstraße 7, A-6020 Innsbruck
Tel: 0800/22 55 22-1155
grundlagenarbeit@ak-tirol.com, www.ak-tirol.com

BUNDESARBEITSKAMMER
Prinz-Eugen-Straße 20-22
1040 Wien

G.-Zl.: GLA-2023/31/MAFL/MAFL
Bei Antworten diese Geschäftszahl angeben.

Mag. Manuel Flür, M.Sc.

DW: 1153

Innsbruck, 13.03.2023

Betrifft: EAG-Investitionszuschüsseverordnung-Gas

Bezug: Ihr Schreiben vom 22.02.2023
Zust. Referent: Mag.^a Dorothea Herzele

Sehr geehrte Frau Mag.^a Herzele,

die Arbeiterkammer Tirol bedankt sich für die Übermittlung des Entwurfs zur EAG-Investitionszuschüsseverordnung-Gas und nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Vorliegende Verordnung regelt Investitionszuschüsse im Rahmen des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes (EAG) für die Neuerrichtung sowie Umrüstung von Biogasanlagen.

A. Biogasanlagen für Grüngasproduktion einsetzen

Die Arbeiterkammer Tirol spricht sich grundsätzlich gegen eine Verstromung von Biogas aus. Primär muss Biogas als erneuerbares Gas eingesetzt werden und als Energieträger für jene Sektoren, beispielsweise der Schwerindustrie, zum Einsatz kommen, für welche es derzeit noch keine Alternativen gibt. Vor diesem Hintergrund sollte ein Investitionszuschuss für Biogasanlagen nur dann ermöglicht werden, wenn eine Verstromung ausgeschlossen werden kann. Ein entsprechendes Kriterium sollten dahingehend in § 4 bei den Voraussetzungen für die Gewährung eines Investitionszuschusses aufgenommen werden.

B. Förderkriterien nachhaltiger ausgestalten

§ 8 regelt die Rohstoffversorgung der Biogasanlagen. Die Arbeiterkammer Tirol ortet hier deutlichen Verbesserungsbedarf. So sollten zumindest Quoten für die Verwertung von Wirtschaftsdünger, wie Gülle vorgeschrieben werden. Dadurch könnte die übermäßige Ausbringung und damit verbundene Belastung der Böden zumindest teilweise verringert werden. Darüber hinaus muss der Einsatz von Energiepflanzen wie Getreide und Mais so gering als möglich angesetzt werden, um keine Konkurrenz zur Futtermittel- und Lebensmittelindustrie aufzubauen. Jedenfalls hat der Gesetzgeber auch dafür zu sorgen, dass geförderte Anlagen jederzeit sämtliche Sicherheitsstandards erfüllen und laufend kontrolliert werden, sodass die Gefahr des Austritts von klimaschädlichen Gasen jedenfalls minimiert wird.

Abschließend dürfen wir darauf hinweisen, dass im aktuellen Verordnungsentwurf die Daten der konkreten Fördercalls noch ausständig sind.

Wir ersuchen Sie, unsere Position in der Stellungnahme der Bundesarbeitskammer zu berücksichtigen und verbleiben

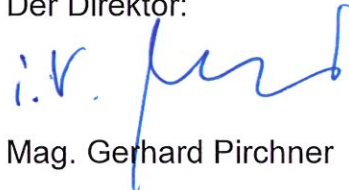
mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:



Erwin Zangerl

Der Direktor:



Mag. Gerhard Pirchner